

<p style="text-align: center;">Ergebnisprotokoll der 18. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 06.12.2012</p>
--

Beginn: 16.00 Uhr

Ende: 18.00 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Golasowski
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Liess
Herr Gottschalk
Herr Sulimma
Herr Hamann in Vertretung für Frau
Kennard
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Imhoff
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe
Herr Werner
Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Herr Arndt

II Verwaltung

Herr Dr. Sünemann
Frau Zimmermann
Frau Kleemann
Herr Eickhoff
Frau Kamp
Frau Köhnlein
Herr von Strauss
Herr Polzin
Herr Viering
Herr Kurz
Herr Dr. Lampe
Frau Schumpp
Herr Leferink
Herr Wessel
Herr Schneider
Frau Pieper
Herr Donaubaer
Frau Grewe-Wacker

Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-
kehr

ASV

BBN

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

III Gäste

Herr Dr. Steinbrück Landesbehindertenbeauftragter

IV Gastdeputierte

Herr Jägers	SPD
Frau Dr. Schierenbeck	Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Saffe	Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Hipp	CDU

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 18. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 0	Nachwahl für den Vergabeausschuss	
--------------	-----------------------------------	--

Herr Pohlmann schlägt vor, anstelle von Herrn Schmitz als Mitglied für den Vergabeausschuss Herrn Rainer Hamann zu wählen.

Beschluss:

Die Deputation wählt Rainer Hamann anstelle von Frank Schmitz zum Mitglied des städtischen Vergabeausschusses.

- einstimmig -

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
--------------	-------------------------------------	--

Die TOPs 8, 11, 14 d und 14 f werden zurückgezogen.

Nachtrag TOP 5 a: **Vorhabenbezogener Bebauungsplan 85 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung von Wohn- und Geschäftshäusern zwischen Konsul-Smidt-Straße, Am Winterhafen und Silbermannstraße in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt**

Nachtrag 12 a: **Umweltbildungszentrum botanika: Sanierung des Entdeckerzentrums**

Nachtrag 14 o: **Sachstand Büropark Oberneuland**

Nachtrag 14 p: **Sachstand „Fläche West“ des Rennbahngeländes in Bremen-Sebaldsbrück**

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

- einstimmig -

TOP 2	Genehmigung des Protokolls 18/17 vom 08.11.2012	
--------------	---	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

- einstimmig -

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
--------------	---	-----

Herr Pohlmann bittet darum die Vorlage zur Friedhofsentwicklungsplanung aus dem Eigenbetriebsausschuss UBB Anfang 2013 in der Deputation vorzulegen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

- einstimmig -

TOP 4	Entwicklung Ansgariquartier – Beschlussfassung -6-	Vorlage 18/199
--------------	--	-------------------

Herr Strohmann ist der Ansicht, dass mit dieser Vorlage die Chance, die Innenstadt zu entwickeln, nicht wahrgenommen werde. Der Ankauf sei zu teuer. Fraglich sei, ob ein Investor gefunden werden könne. Es sei zudem nicht hinnehmbar, dass dadurch weniger Parkplätze zur Verfügung stünden. Es sei besser, konzeptionell die Parkhäuser an den Rand des Kerns zu setzen, um so Laufwege zu entwickeln.

Herr Werner berichtet, dass es bereits zwei Interessenten geben solle. Das Projekt werde sich positiv auf die ganze City auswirken. Er berichtet vom Beiratsbeschluss zur Zwischennutzung durch ein Projekt der ZwischenZeitZentrale. Es müsse ein öffentlicher Diskurs über die Entwicklung und Gestaltung der ganzen Innenstadt stattfinden.

Herr Arndt erinnert an seinen Beitrag in der Novembersitzung. Er weist auf seinen Fragenkatalog hin, der den beiden Deputationen vorliege. Er erwarte eine Stellungnahme dazu.

Herr Pohlmann stellt klar, dass man die Realität in der Innenstadt sehen müsse. Es sei Aufgabe der Stadt hier Strukturen zu entwickeln, um den Missständen entgegenzutreten. Es sei wichtig und richtig gewesen, Leitlinien zu entwickeln, auch da man sich mit am freien Markt agierenden Investoren abstimmen müsse. Durch die Entscheidung des Senats über den Grundstücksankauf sei auch für die Investorensuche ein ganzes Stück Sicherheit eingetreten. Auch die Handelskammer und damit die Kaufleute in der Innenstadt seien einbezogen gewesen. Er hält den eingeschlagenen Weg für richtig, dieser müsse nun fortgesetzt werden.

Herr Saxe begrüßt das Engagement Bremens in der Sache. Es sei zwar wünschenswert gewesen, wie von der CDU gefordert, das Parkhaus Mitte mit einzubeziehen. Es sei aber nun wichtig, dort anzufangen, wo eine Chance auf Entwicklung bestehe. Auch die beiden BIDs, Ansgariertel und Sögestraße würden erwarten, dass etwas passiere, damit die Innenstadt attraktiver werde. Andernfalls werde die Innenstadt Kaufkraft verlieren. Deshalb sie das jetzige Vorhaben alternativlos.

Herr Imhoff stellt fest, dass mit dem Abriss des Parkhauses Am Brill Parkplätze entfielen. Er fragt, ob ein Ersatz dafür geplant sei.

Herr Arndt bittet um ziffernweise Abstimmung.

Frau Grewe-Wacker erläutert, dass das Papier der LINKEN erst am Tag der Sitzung der Wirtschaftsdeputation eingegangen sei. Die Kernprobleme seien trotzdem andiskutiert worden. In der Sitzung selbst sei ein schriftlicher Bericht zugesagt worden. Eine Antwort dazu erfolge also. Die Entscheidung sei bereits über zwei Legislaturperioden hinweg vorbereitet worden. Es wurden die Einzelhandelskonzepte in Bremen und der Region betrachtet und daraus habe sich die Notwendigkeit ergeben, in der Innenstadt etwas zu tun. Dazu wurden städtebauliche Studien erstellt und herangezogen, die im Planaufstellungsbeschluss Niederschlag gefunden hätten. In einem Erörterungs- und Abwägungsprozess sei das Ziel entstanden, das Ansgariviertel zu entwickeln und als Teil der Innenstadt insgesamt zu stärken. Derzeit sei man in der Phase, die konkreten Rahmenbedingungen für die Objektentwicklung auszugestalten. Bremen habe im breiten Diskurs mit der Handelskammer und mit den Beiräten die Bedingungen ausgestaltet. Die Leitlinien seien sehr wichtig und wenn Bremen auch über die Grundstücke verfüge, habe es alle nötigen Mittel, um das Ziel der Entwicklung des Ansgariviertels und der gesamten Innenstadt zu erreichen.

Herr Staatsrat Golasowski stellt klar, dass bei einer Neuplanung auch Parkplätze zur Verfügung stehen müssten. Diese sollten auch zukünftig von der BREPARK bewirtschaftet werden. Die genaue Ausgestaltung und Anzahl seien mit dem künftigen Investor abzustimmen. Es sollten aber in der Innenstadt insgesamt nicht weniger Parkplätze werden.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt die Senatsvorlage vom 23.10.2012 zur Entwicklung des Ansgariquartiers und die hierin betrachteten Wirtschaftlichkeitsanalysen sowie die für das Projekt dargestellten Risiken und deren anteilige Übernahme zur Kenntnis.

- gegen die Stimmen der Fraktion der CDU –

2. Die städtische Deputation Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt zur Kenntnis, dass die WFB zur Abwicklung des Immobiliengeschäftes eine Objektgesellschaft als 100%ige Tochter einrichten wird.

- einstimmig -

3. Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Ankauf des Grundstückes Lloydhof zu dem endverhandelten Kaufpreis in Höhe von € 25,47 Mio. (Gesamtfinanzierungsbedarf einschl. Nebenkosten) durch die Objektgesellschaft zu.

- gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und DIE LINKE –

4. Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr gemeinsam mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die einzurichtende Objektgesellschaft mit dem Zwischenerwerb der Immobilie Lloydhof nach Zustimmung durch den Haushalts- und Finanzausschuss zu beauftragen.

- gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und DIE LINKE –

5. Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr im Rahmen der gemeinsamen Projektsteuerung mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die Rahmenbedingungen für die erforderliche gemeinsame Projektabwicklung mit der einzurichtenden Objektgesellschaft und der Brepark zu klären.

- gegen die Stimmen der Fraktion der CDU –

6. Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie erwartet in einem ersten Schritt eine Beteiligung bei der Gestaltung der Ausschreibung und des Wettbewerbsverfahrens. Eine weitere Beteiligung soll nach Eingang der indikativen Angebote vor der Bewertung erfolgen, bei der städtebauliche Kriterien und eine positive Entwicklung des Einzelhandels schwerpunktmäßig berücksichtigt werden sollen.

- gegen die Stimmen der Fraktion der CDU –

7. Bestandteil dieser Vorlage sind die in beiden Deputationen 2010 beschlossenen städtebaulichen Kriterien und Rahmenbedingungen.

- einstimmig -

TOP 5	Bebauungsplan 2437 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Saarburger Straße und Stößerstraße -Planaufstellungsbeschluss -Absehen von der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit -Öffentliche Auslegung -61- / -FB 01-	Vorlage 18/197
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Saarburger Straße und Stößerstraße (Bearbeitungsstand: 14.09.2012) ein Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan 2437).“
2. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für den Bebauungsplan 2437 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Saarburger Straße und Stößerstraße (Bearbeitungsstand: 14.09.2012) von einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB abgesehen wird (§ 3 Abs. 1 Ziffer 1 BauGB).“
3. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwick-

lung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans 2437 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Saarburger Straße und Stöberstraße (Bearbeitungsstand: 14.09.2012) mit Begründung zu.“

4. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2437 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Saarburger Straße und Stöberstraße (Bearbeitungsstand: 14.09.2012) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.“

NACH- TRAG TOP 5a	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 85 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung von Wohn- und Geschäftshäusern zwischen Konsul-Smidt-Straße, Am Winterhafen und Silbermannstraße in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt - Absehen von erneuter öffentlicher Auslegung, - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie -FB 01-	Vorlage 18/207
----------------------------------	--	-------------------

Herr Strohmann wäre gerne früher in die Problemstellung mit einbezogen worden. In der Kürze der Zeit habe eine Positionierung daher noch nicht erfolgen können. Er hält einerseits den Bestandsschutz der Unternehmen nicht mehr gewährleistet. Gleichwohl erkennt er die Leistungen der Vorhabenträgerin in der Überseestadt an. Die Fraktion der CDU werde sich daher vorerst enthalten.

Herr Pohlmann erinnert an den Entwicklungsbericht Überseestadt, der in der letzten Bürgerschaftssitzung debattiert wurde. Der Konsens zwischen dem Bestandsschutz der ansässigen Unternehmen und dem Wunsch, dort auch Wohnbebauung zu ermöglichen wurde in langen Verhandlungen erzielt und bilde nun die Grundlage für jede weitere Bebauung in der Überseestadt. Weitere Wohnbebauung sei ausdrücklich erwünscht. Es sei eine Frage der Gleichbehandlung, dass auch für den Großmarkt diese Grundsätze gelten müssen. Eine einvernehmliche Lösung wurde verhandelt, ein Ergebnis konnte jedoch nicht erzielt werden.

Auch der Fachausschuss des Beirates Walle habe einstimmig den Planungen so zugestimmt.

Beschluss:

1. „Die Deputation für Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Vorhaben- und Erschließungsplanes 85 für die Errichtung von Wohn- und Geschäftshäusern zwischen Konsul-Smidt-Straße, Am Winterhafen und Silbermannstraße in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt (Bearbeitungsstand: 20.11.2012) abgesehen wird.“
2. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des Vorhaben- und Erschließungsplanes 85 für die Errichtung von Wohn- und Geschäftshäusern zwischen Konsul-Smidt-Straße, Am Win-

terhafen und Silbermannstraße in Bremen-Walle, Ortsteil
Überseestadt (Bearbeitungsstand: 20.11.2012)“

Zustimmung bei Enthaltung der Fraktion der CDU

TOP 6	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 56 (mit Vorhabenplan 56) zum Vorhaben „Wohnbebauung Eichenhof“ für ein Gebiet in Bremen-Burglesum- nördlich Lesumer Heerstraße- östlich Eichenhof- südlich Friedehorstpark- westlich Brunnenhofstraße (Planaufstellungsbeschluss, beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB) -BBN-	Vorlage 18/196
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen - Burglesum, nördlich Lesumer Heerstraße, östlich Eichenhof, südlich Friedehorstpark und westlich Brunnenhofstraße ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 56 - mit Vorhabenplan 56). Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 56 (mit Vorhabenplan 56) für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen - Burglesum, nördlich Lesumer Heerstraße, östlich Eichenhof, südlich Friedehorstpark und westlich Brunnenhofstraße im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB aufgestellt werden soll.

- einstimmig -

TOP 7	Erhaltung von Brücken 2013 -ASV-	Vorlage 18/200
--------------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Sachdarstellung und die Kostenermittlung zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt der Durchführung der Maßnahmen 2013 zu und ermächtigt das Amt für Straßen und Verkehr im Bedarfsfall eine Erhaltungsmaßnahme zurückzustellen und stattdessen andere notwendige Maßnahmen des Brücken- und Ingenieurbaus durchzuführen.

- einstimmig -

TOP 8	Sanierungsverfahren Hohentor / Alte Neustadt Städtebauliche Umgestaltung des Bereichs „Am Hohentorsplatz“ -ASV-	Vorlage 18/201
-------	---	-------------------

-zurückgezogen-

TOP 9	Produktgruppencontrolling (Produktplan 68 –Umwelt, Bau, und Verkehr–) mit Stand 30.09.2012 -1-	Vorlage L/S 18/198
-------	--	-----------------------

Siehe TOP 4 des Protokolls der staatlichen Deputation vom 6.12.2012

Beschluss:

Die **Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S)** nimmt Kenntnis.

- einstimmig -

TOP 10	Selbstbewirtschaftungsmittel für das Sondervermögen Infrastruktur nach §13 Absatz 2 Nr. 10 Haushaltsgesetz Land bzw. § 12 Absatz 2 Nr. 10 Haushaltsgesetz Stadt -1-	Vorlage L/S 18/202
--------	---	-----------------------

Siehe TOP 4 des Protokolls der staatlichen Deputation vom 6.12.2012

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt zu, dass die Haushaltszuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur im Jahr 2012 als Selbstbewirtschaftungsmittel bereitgestellt und entsprechende Haushaltsvermerke angebracht werden und bittet um Weiterleitung des Antrags über die Senatorin für Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss.

- einstimmig -

TOP 11	Änderung des Wirtschaftsplans 2013 und Finanzplans 2014-2015 des Sondervermögens Kommunale Abfallentsorgung (SVAbfall) -2-	Vorlage 18/173
--------	--	-------------------

-zurückgezogen-

TOP 12	Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2012 des Sondervermögens kommunale Abfallwirtschaft (SVAbfall) -232-	Vorlage 18/193
--------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt der Bestellung der Göken, Pollak & Partner

Treuhandgesellschaft mbH, Bremen, zur Prüferin des Jahresabschlusses 2012 des Sondervermögens kommunale Abfallentsorgung (SVAbfall) zu.

- einstimmig -

NACH-TRAG TOP 12a	Umweltbildungszentrum botanika: Sanierung des Entdeckerzentrums -2-	Vorlage 18/204
------------------------------------	---	-------------------

Frau Dr. Schaefer weist auf die Wichtigkeit der botanika und des „Grünen Klassenzimmers“ für die Umweltbildung hin. Der Zustand des Entdeckerzentrums sei eindeutig sanierungsbedürftig. Die Entscheidung über die Sanierung sei alternativlos. Bedingung sei aber, dass der Fokus auch auf den außerschulischen Bildungsbereich gerichtet werde.

Herr Imhoff erklärt, dass Einigkeit darüber bestehe, dass das Entdeckerzentrum erhalten und saniert werden müsse. Die Finanzierung sei aber „abenteuerlich“. Er fordert, die zukünftigen Kosten bereits in der Haushaltsaufstellung zu berücksichtigen.

Herr Gottschalk hebt noch einmal die Bedeutung des „Grünen Klassenzimmers“ hervor. Er hält es für wichtig, dass die botanika auch touristisch aktiv vermarktet werden müsse. Er begrüßt daher die Entwicklung eines Vermarktungskonzeptes.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt das vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und dem Senator für Wirtschaft und Häfen vorgelegte Konzept zur Erneuerung des Entdeckerzentrums der botanika zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) bittet darum, die Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuss im Zusammenhang mit einem Antrag zur Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2014 und die Nachbewilligung weiter zu leiten.
3. Die Deputation für Umwelt Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt der Freigabe der Mittel aus der Wasserentnahmegebühr in Höhe von 400 T € in 2013 und 1.000 T €¹ in 2014 zu.

- einstimmig -

¹ Ein Teilbetrag von 500.000,-- € der Investitionskosten "Entdeckerzentrum" soll über eine Förderung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) abgedeckt werden. Sofern diese Förderung nicht oder nicht in voller Höhe zustande kommt, sollen ersatzweise in 2014 Sondermittel zur Verfügung gestellt werden. Diese sind in dem Betrag von 1.000 T € für 2014 vorsorglich eingeplant.

TOP 13	Den Bremer Westen sozial und städtebaulich weiterentwickeln! -7-	Vorlage 18/144
---------------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Inhalt der anhängenden Senatsvorlage mit der Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) zur Kenntnis und stimmt dem Handlungskonzept der Senatsressorts für den Bremer Westen zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt der in der Senatsvorlage dargestellten Vorgehensweise, Projekt- und Organisationsstruktur und Einrichtung einer Entwicklungsagentur West zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt der in der Vorlage dargestellten Finanzierung für 2012 und 2013 zu.
4. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) bittet über die Tätigkeit der Entwicklungsagentur West jährlich unterrichtet zu werden.

- einstimmig

TOP 14	Berichte der Verwaltung	
TOP 14a)	Autofreier StadTraum -03-	BdV schriftlich

Herr Saxe berichtet, dass die Veranstaltung trotz der in geringer Höhe zur Verfügung stehenden Mittel ein großer Erfolg war.

Herr Gottschalk fragt nach der Zieldefinition solcher Projekte. Er bittet darum, dass die künftige Planung weiterer Folgeveranstaltungen frühzeitig in der Deputation vorgelegt werde.

Herr Hipp findet es richtig, Menschen dafür zu sensibilisieren, auch ohne Auto auszukommen. Er hält die Kosten jedoch für nicht angemessen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

- einstimmig -

TOP 14b)	Fußgängerhindernisse auf Gehwegen -02-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Herr Saffe ist nicht ganz zufrieden mit dem Bericht. Zur weiteren Klärung werde daher eine parlamentarische Anfrage vorbereitet. Er freue sich jedoch, dass die von ihm genannten Hindernisse beseitigt wurden.

Herr Dr. Steinbrück weist darauf hin, dass diese mobilen Verkehrsschilder zudem eine Gefahr für sehbehinderte Menschen darstellen, da die Metallkanten häufig in Kopfhöhe seien und zu Verletzungen führen können. Er fragt, ob Abhilfe möglich sei.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

- einstimmig -

TOP 14c)	Verkehrssituation Fußgänger und Radfahrer in der Uhlandstraße -ASV-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Herr Hamann bedankt sich für den Bericht. Das Thema Kleinpflaster sei ein sehr emotionales. Gleichwohl hoffe er, dass im Falle einer anstehenden Sanierung die Straße asphaltiert werde.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

- einstimmig -

TOP 14d)	Gleisersatzbau Schwachhauser Heerstraße Verbreiterung der Querung der Schwachhauser Heerstraße in Höhe Emmastraße / Buchenstraße -ASV-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

- zurückgezogen -

TOP 14e)	„Antragsstau“ bei der Genehmigung für Großraum- und Schwerlasttransporte -ASV-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Senator Lohse erklärt dazu, dass in der Vergangenheit aufgrund von mehreren erkrankten MitarbeiterInnen beim Amt für Straßen und Verkehr ein Rückstand bei der Bearbeitung der Genehmigungen entstanden sei. Der Bereich wurde personell verstärkt und der Rückstand an Anträgen sinke deutlich.

Herr Pohlmann bedankt sich für den Bericht. Er freut sich, dass das Problem gelöst sei.

Herr Saxe erkundigt sich, ob die personelle Verstärkung langfristig gesichert sei.

Herr Staatsrat Golasowski führt dazu aus, dass ab dem 1.4.2013 zwei Auszubildende dort ihre letzte Praxisstation antreten und diese nach der Einarbeitung den Bereich unterstützen würden. Das Ziel sei, die Bearbeitungszeit von zwei Wochen einzuhalten oder gar zu unterschreiten.

Herr Strohmann fragt nach einer Standardisierung des Verfahrens, da Bremen mit den Anträgen auch Geld verdiene.

Herr Senator Lohse berichtet, dass nach einem Benchmarking unter den norddeutschen Großstädten in Hamburg die meisten Anträge eingingen und auch bearbeitet würden. In Bremen allerdings würden pro MitarbeiterIn etwa doppelt so viele Anträge bearbeitet wie in Hamburg. Dies zeige zum Einen, welche geringe Personalausstattung Bremen habe, zum Anderen aber auch, dass wohl kaum noch eine weitere Optimierung der Arbeitsabläufe durch Standardisierung möglich sei.

Die Gebühren fallen etwa nur bei einem Zehntel der Anträge an, der Rest seien Anhörungen, zu denen die Anträge in anderen Bundesländern gebührenrelevant gestellt würden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

- einstimmig -

TOP 14f)	Umgestaltung der Münchner Straße -ASV-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

- zurückgezogen-

TOP 14g)	Konzept zur Reduzierung von Fluglärm am Flughafen Bremen -2-	BdV schriftlich	L/S
-----------------	--	--------------------	-----

Siehe TOP 8 c) des Protokolls der staatlichen Deputation vom 6.12.2012

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt von der Vorlage und dem Beschluss der Deputation für Wirtschaft und Häfen Kenntnis.

- einstimmig -

TOP 14h)	Boden- und Grundwasserkontaminationen auf dem Gelände des Tanklagers in Bremen-Farge -24-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Frau Dr. Schaefer bedankt sich für den Bericht. Im Fokus stünde sowohl die Gesundheit der Anwohner, als auch der Umweltschutz. Die Durchführung und Finanzierung der Sanierung liege in der Verantwortung des Bundes. Es müsse weiter eine systematische Beprobung und ein Monitoring erfolgen, um den Erfolg der Sanierung erkennen zu können. Es müsse aber auch weiter nach der Ursache der Verunreinigung gesucht werden, um für die Zukunft weitere Leckagen auszuschließen. Sie fragt nach den aktuellen Schadstoffkonzentrationen.

Die Bevölkerung müsse aufgeklärt werden und der Deputation jährlich berichtet werden.

In Frage stehe auch, ob das Tanklager als solches überhaupt weiter betrieben werde. Sie erwartet, dass immissionsschutz- und baurechtliche Kriterien intensiv geprüft werden. Das Tanklager dürfe nur nach dem neuesten Stand der Technik weiter betrieben werden, weitere Leckagen müssten ausgeschlossen sein. Dies erfordere regelmäßige Kontrollen der Behörden, vor allem des Gewerbeaufsichtsamtes.

Das Trinkwasserschutzgebiet Blumenthal müsse geschützt werden. Dieses sei die einzige Möglichkeit, Trinkwasser auf Bremischem Gebiet zu gewinnen.

Frau Neumeyer fragt nach der zukünftigen Information neu hinzugezogener Bürger in Kooperation mit den Meldestellen.

Herr Arndt fragt nach dem Schadstoffmonitoring am Verladebahnhof II. Die Grundwasserfahnen könnten wandern. Die Ursache müsse gefunden werden. Er möchte wissen, ob es weitere Methoden der Sanierung gibt oder eine Einkapselung der Schäden möglich sei.

Herr Gottschalk weist auf die Langwierigkeit solcher Sanierungen hin. Es sei auch fraglich, ob eine vollständige Sanierung möglich sei. Er fragt, ob es nach alternativen Sanierungsmaßnahmen, möglicherweise mit höherem Aufwand gebe, um die Sanierung zu beschleunigen. Weiter möchte er wissen, ob es Anhaltspunkte für die Quelle der MTBE-Verunreinigungen gebe.

Herr Senator Lohse führt dazu aus, dass das Thema in der Zwischenzeit ausführlich im Ressort diskutiert worden sei. An allererster Stelle stehe der Schutz der Bevölkerung. Solange kein Grundwasser gefördert und genutzt werde, bestehe auch keine Gesundheitsgefährdung. Die Menschen müssten jedoch informiert werden. Es sei geplant, eine Information an alle Neubürger zu richten und auf die Informationsmöglichkeiten auf der Homepage des Ressorts hinzuweisen.

Es werde ein Berichtsformat entwickelt, um die Informationen über die Konzentrationsverläufe über die Zeit und entnommene Schadstoffmengen über die Zeit aufzuzeigen. Dies solle periodisch in der Deputation vorgestellt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Herr Leferink erläutert, dass die MTBE Verunreinigung zeitlich eingegrenzt werden könne. MTBE sei seit 1984 verwendet worden. Seit 1987 erfolgte in Farge kein Umschlag von Kraftstoffen mehr, weil eine dann erforderliche Gaspendelanlage nicht vorhanden sei.

Herr Senator Lohse betont, dass die Anlagen überwacht werden und es sei sicher, dass es sich um Schäden aus der Vergangenheit handele, zum einen aus den Kriegs- oder Nachkriegsjahren und zum Anderen aus der Zeit zwischen 1984 und 1987. Neue Leckagen seien nicht festgestellt worden.

Herr Leferink berichtet, dass derzeit weitere Untersuchungen zur Eingrenzung der Schadensausdehnung durchgeführt werden.

Zur Sanierung am Verladebahnhof II führt er aus, dass sich der Schadstoff zum großen Teil in unverdünnter Form auf der Grundwasseroberfläche befinde.

Der hochkonzentrierte Schadstoffanteil werde so gezielt wie möglich entnommen, da dadurch die größte Wirkung zu erzielen sei. Je weiter verdünnt der Schadstoff sei, umso weniger effizient sei jede Maßnahme. Im Schadenszentrum, dort wo die maximalen Konzentrationen gemessen worden seien, würde eine Serie von fünf Brunnen betrieben, die eine Senke in der Grundwasseroberfläche schaffen. Dadurch schwimmen die BTXE als Schadstoffblase auf dem Grundwasser zum Zentrum und werden gezielt abgeschöpft. Auf diese Weise konnten seit Juni 2010 16 Tonnen Schadstoff aus dem Untergrund entnommen werden. Gleichzeitig werde an den Brunnen Grundwasser gefördert und über Aktivkohle gereinigt. Dabei wurden weitere 300 kg reine Schadstoffsubstanz entnommen. Dadurch habe die Konzentration im Schadstoffzentrum von 350.000 µg/l auf –immer noch hohe- 25.000 µg/l abgenommen.

Herr Senator Lohse ergänzt, dass auch alternative Sanierungsmethoden geprüft worden seien. Die Einkapselung des Schadstoffes sei aufgrund der Verhältnisse im Untergrundes und der großen flächenhaften Ausdehnung mit verschiedenen Schadstoffherden nicht sinnvoll. Die beste Lösung sei die derzeit praktizierte Schadstoffentnahme in Phase mit paralleler Förderung und Aufbereitung von Grundwasser.

Das Gelände werde weiterhin großflächig erkundet, um abzusichern, dass Schadstoffe nicht abwandern und weitergehenden Schaden anrichten können.

Das Grundwasser- Schutzgebiet Blumenthal ist ein sehr hohes Schutzgut. Bremen sei nur zu ungefähr 20% in der Lage, sich selbst mit Trinkwasser zu versorgen.

Die swb, die dort Trinkwasser fördert, habe weit im Vorfeld Monitoringbrunnen. So würde frühzeitig erkannt werden, wenn sich wider aller Erwartung doch Schadstoffe auf die Brunnenfassung zu bewegen würden und es wäre möglich, rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu treffen, beispielsweise in Form von Sicherungsbrunnen, die das Wasser wieder zurück zögen.

Auf **Rückfrage von Herrn Hamann** sagt er zu, beim nächsten Bericht zu diesem Thema die Funktionsweise dieser technischen Anlagen beispielsweise durch eine PowerPoint- Präsentation/ Bilder vorzustellen.

Die Betriebsgenehmigung des Tanklagers habe eine lange rechtliche Vorgeschichte. Ursprünglich sei es vom Reichsarbeitsministerium genehmigt worden. Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland habe das Tanklager Farge unter der Gewerbeordnung fortbestanden und wurde Mitte der 1970er Jahre nach dem In-Kraft-Treten des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) durch Anzeige in dessen Geltungsbereich übernommen. Die Folge sei, dass der Anlagenbetreiber, der im Besitz einer solchen Genehmigung sei, einen Rechtsanspruch habe, die Anlage zu betreiben, bis entweder die Genehmigung wegen mindestens dreijähriger Nichtnutzung erlösche oder entzogen würde, weil Zweifel an der Zuverlässigkeit des Betreibers bestünden.

Wird aber ein Tanklager nach dem Stand der Technik betrieben und bei regelmäßigen Überprüfungen keine neuen Leckagen festgestellt, dann bestünden keine Zweifel an der Zuverlässigkeit des Betreibers. Die Altlast alleine gebe heute keine rechtliche Handhabe, um einem genehmigten und ordnungsgemäß laufenden Betrieb die Genehmigung zu entziehen.

Das BImSchG habe eine Konzentrationswirkung, das bedeute, dass die immissionsschutzrechtliche Genehmigung auch die baurechtliche Genehmigung eines Vorhabens beinhalte. Daher werde die Rechtsauffassung der Gemeinde Schwanewede, mit Aufgabe der militärischen Nutzung sei das Tanklager als Schwarzbau zu betrachten, von Bremen – und übrigens auch von der in Niedersachsen dafür zuständigen Gewerbeaufsicht in Cuxhaven - nicht geteilt. Eine neu betriebene Bauleitplanung habe den Bestand – das Tanklager – zu berücksichtigen.

Auf **Nachfrage von Herrn Arndt** sagt er zu, die rechtliche Historie schriftlich als Anhang dem Protokoll beizufügen.

Frau Dr. Schaefer stellt fest, dass das Tanklager zwar derzeit zuverlässig betrieben werde, dies aber offensichtlich in der Vergangenheit nicht der Fall gewesen sei. Der Kontrollmechanismus der Gewerbeaufsicht müsse in der Vergangenheit versagt haben.

Das Gewerbeaufsichtsamt, das diese Kontrollpflicht habe stelle also heute fest, dass die Anlagen jetzt dem Stand der Technik entsprechen und es würden zumindest neue Leckagen ausgeschlossen. Sie fragt, ob die Ergebnisse des Gewerbeaufsichtsamtes der Deputation zur Verfügung gestellt werden könnten.

Herr Senator Lohse sagt dies zu.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht zur Kenntnis und bittet um weitere Berichterstattung im Frühjahr 2013.

- einstimmig -

TOP 14i)	Fortsetzung des Förderprogramms „Zustandserfassung privater Kanäle“ -33-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Gottschalk wünscht sich, dass die Informationen über dieses Programm deutlicher an potentielle Interessenten herangetragen werden, vielleicht unter Einbeziehung der Medien. Die Ergebnisse der Untersuchungen sollten derart zusammengestellt werden, dass bei lokalen Häufungen von Betroffenheiten Warnungen möglich seien.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

- einstimmig -

TOP 14j)	Baumschutz in der Donandtstraße -30-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Saxe bedankt sich für den Bericht. Er erwartet eine Sensibilisierung und Berücksichtigung dieses Problems bei Schrägparkanordnungen, das nicht nur in der Donandtstraße bestehe.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zum Baumschutz in der Donandtstraße zur Kenntnis.

- einstimmig -

TOP 14k)	Verteilung des Erlöses der Bürgerpark-Tombola 2013 -30-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

- einstimmig -

TOP 14l)	Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 04. Oktober 2012 (18/224 S) „Rückkehr der Zebrastreifen“ -ASV-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht zur Kenntnis.

- einstimmig -

TOP 14m)	Sachstand zum Projekt Straßenbahnquerverbindung Benningensenstraße/ Stresemannstraße/Steubenstraße -5-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Arndt bemängelt, dass in diesem Bericht die Frage der Verlängerung der Linien 2 und 10 über die Osterholzer Heerstraße nicht mehr verfolgt werde. Er besteht eindringlich darauf, dass die Frage der Verlängerung der Linien 2 und 10 auf der Grundlage von aktuellen Zahlen bewertet würde. Die Flächen zwischen Osterholzer Heerstraße und Osterholzer Dorfstraße seien eng bebaut worden. Der Bebauungsplan 2436 erlaube ca. 50 weitere Wohneinheiten. Die Verlängerung müsse bis Hans-Bredow-Straße geplant werden, dann müssten auch diese Wohneinheiten mit in eine Bewertung einfließen. Hinzu komme die geplante Autoverladestation auf dem Gelände des Eisenbahnausbesserungswerks in Sebaldsbrück. Diese würde den LKW-Verkehr auf der Osterholzer Heerstraße erhöhen. All dies müsse berücksichtigt werden.

Weiter bittet er um Prüfung, ob eine Weiterführung der geplanten Querverbindung zur Stresemannstraße bis zur Malerstraße möglich sei. Dadurch könnten große Teile des Bremer Ostens endlich an das Bürgerservicecenter Steubenstraße angeschlossen werden.

Herr Polzin weist darauf hin, dass die Datengrundlage, die dazu geführt habe, dass die Verlängerung der Linien 2 und 10 nicht im Großvorhabenprogramm aufgenommen wurde, aktuell sei.

In den nächsten Jahren werde aber, auch im Zusammenhang mit dem Verkehrsentwicklungsplan, für das Prognosejahr 2025 mit dann neueren Zahlen aus der vorgesehenen Neubebauung und künftigen Nutzung in diesem Bereich eine Neubewertung vorgenommen werden können. Aktuell sei die Verlängerung der Linien 2 und 10 nicht vorgesehen. Es werde aber der zwei- oder vierspurige Ausbau der Osterholzer Heerstraße geprüft.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht zur Kenntnis.

- einstimmig -

TOP 14n)	Asbesthaltige Spachtelmassen und Fliesenmörtel -7-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, über den Fortgang der Angelegenheit zu berichten.

- einstimmig -

NACH-TRAG TOP 14o)	Sachstand Büropark Oberneuland -FB 01-	BdV schriftlich
-------------------------------------	--	--------------------

Herr Pohlmann bedankt sich für den Bericht. Er stellt jedoch die Frage, weshalb es anderthalb Jahre gedauert habe, bis dort eine Wohnnutzung baurechtlich festgelegt wurde. Außerdem möchte er wissen, weshalb ein Planungsbüro mit einer städtebaulichen Studie beauftragt werde. Eine Baufertigstellung erst Ende 2014 hält er für nicht akzeptabel.

Herr Viering erklärt, dass zur Nutzungsänderung von Gewerbe zu Wohnen ein Bebauungsplan erforderlich sei. Die Dauer des Planverfahrens müsse also eingerechnet werden. Der Bau der Häuser dauere zwischen 6 und 12 Monate und teilweise seien noch Erschließungsmaßnahmen erforderlich.

Das beauftragte Planungsbüro solle die Frage klären, wie das Erschließungsprofil und die Grundstücksbildung verändert werden müssen, wenn anstelle von Gewerbe Wohnen geplant sei. Die ursprünglich geplanten Achsen könnten nicht einfach übernommen werden. Weiter müsse überlegt werden, welche Wohnform, beispielsweise Einfamilien-Reihenhäuser oder Geschosswohnungsbau, gewünscht sei.

Der zentrale Punkt, der zeitaufwendig gewesen sei, betreffe die Anbindung dieses Gebiets. Für das ursprünglich geplante Gewerbegebiet sei es den beteiligten Beiräten wichtig gewesen, dass kein Schleichverkehr über den Achterdiek entstehe. Für die nun erfolgte Wohngebietsausweisung hingegen war es von Seiten der Verwaltung immer wichtig, dass es einen Beidrichtungsverkehr im Achterdiek gebe. Eine Einigung mit den Beiräten sei aber erst im Frühjahr des Jahres erzielt worden.

Herr Staatsrat Golasowski erinnert daran, dass neben den Verkehrsproblemen auch die Investorensuche nicht einfach sei.

Herr Viering ergänzt, dass es aktuell auch keine Gespräche mit potentiellen Investoren gebe. Es sei aber davon auszugehen, dass bei der augenblicklichen Nachfragesituation auch diese Fläche an den Markt gehen werde. Die Flächen gehörten zum überwiegenden Anteil Bremen, angesiedelt im Sondervermögen des Wirtschaftsressorts.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zum Sachstand des Büroparks Oberneuland zur Kenntnis.

- einstimmig -

NACH-TRAG TOP 14p)	Sachstand „Fläche West“ des Rennbahngeländes in Bremen-Sebaldsbrück -FB 01-	BdV schriftlich
-------------------------------------	---	--------------------

Herr Pohlmann geht davon aus, dass für diese Flächen Interessenten vorhanden seien. Er erwartet, dass die Deputation und auch die betroffenen Beiräte bei der Erarbeitung der erforderlichen Verwaltungsvereinbarung auch von Seiten der wfb mit beteiligt werden.

Herr Viering berichtet, dass es tatsächlich ein Investoreninteresse gebe. Dieser habe bereits eine städtebauliche Studie in Auftrag gegeben, ein erster städtebaulicher Entwurf liege vor.

Dieser würde der Verwaltung in Kürze vorgestellt und anschließend könne die Frage der Bauleitplanung im Hause besprochen werden. Dies erfordere einige Zeit. Der Investor bevorzuge reinen Wohnungsbau und wolle auf die bisher noch angedachten Bürokontingente verzichten. Dazu müsse aber die Frage des Schallschutzes gelöst werden, da durch die Ludwig- Roselius-Allee eine erhebliche Emissionsbelastung bestehe.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zum Sachstand der „Fläche West“ des Rennbahngeländes in Bremen-Sebaldsbrück zur Kenntnis.

- einstimmig -

TOP 15	Verschiedenes	
TOP 15a	Herr Gottschalk bittet darum ein Konzept für die Veranstaltung „autofreier StadTraum“ in der Deputation vorzulegen.	

Das Konzept wird voraussichtlich im Frühjahr 2013 vorgelegt werden.

TOP 15b	Herr Arndt bittet um einen Bericht zur Luftschadstoffüberwachung im Bremer Osten,	
----------------	--	--

Frau Kamp erklärt, das dazu am 14. 11. 2012 ein entsprechender Beschluss des Beirates eingegangen sei, der am 28.11. 2012 beantwortet worden sei.

Es gebe im Rahmen des gesamten Schadstoffscreenings, das im Jahr 2006 zur Vorbereitung der Umweltzone begonnen wurde, im nächsten Jahr ein neues Screening, u. a. zur Beurteilung der Umweltzone, aber auch um eine Grundlage zu haben, ob es neue Hinweise auf Hotspots in Hemelingen gebe. Dann würde ein gesondertes Messprogramm für Hemelingen geprüft werden, das aber frühestens 2014 beginnen könne. Das Ressort verfüge über insgesamt fünf Luftmessstationen – eine zusätzliche könne nicht finanziert werden. Daher müsse ggf. eine vorhandene Luftmessstation nach Hemelingen verlegt werden.

TOP 15b	Herr Arndt bittet um einen Bericht zur Lärminderung an der A1	
----------------	--	--

Dieser Berichtswunsch wird schriftlich beantwortet.

TOP 15c	Herr Imhoff weist das ASV auf einen täglichen, morgendlichen Rückstau an der Baustelle der A 281 zwischen A 281 und Stromer Landstraße hin	
----------------	---	--

Das ASV nimmt den Hinweis auf und wird dies prüfen.

TOP 15d	Frau Dr. Schaefer fragt, ob rechtzeitig zur Wintersaison eine Pressearbeit zum Einsatz von Streusalz erfolgen könne.	
----------------	---	--

Das Ressort wird dies prüfen.

TOP 15e	Herr Hipp berichtet, dass die Fahrradständer am Mahndorfer Bahnhof unbeleuchtet seien und möchte wissen, ob hier Abhilfe möglich sei.	
----------------	--	--

Das Ressort wird dies prüfen.

TOP 15f	Frau Dr. Schierenbeck fragt, aus welchen Mitteln der Umzug der Skateranlage auf dem Bahnhofsvorplatz finanziert worden sei.	
----------------	--	--

Frau Pieper berichtet, dass dies aus dem Grundstückserlös finanziert wurde. Dazu sei der HaFA befasst gewesen.

Herr Senator Lohse sagt zu, dies zu recherchieren und erneut mündlich zu berichten.

TOP 15g	Weiter wünscht Sie einen Sachstand zu den Presseberichten hinsichtlich der geplanten Passivhäuser der Gewosie in Bremen-Nord.	
----------------	---	--

Herr Donaubauer berichtet, dass die Presseberichte auf einer Anhörung auf Ablehnung beim Bauamt Bremen Nord (BBN) beruhen. Es gebe den Antrag auf Abriss und Neubau eines Teilbestands der Siedlung an der Blumenhorster Straße. Das BBN halte dies nach § 34 BauGB für nicht genehmigungsfähig. Der Beirat habe dem folgen können, die Antragstellerin Gewosie nicht und habe daher im Anhörungsverfahren widersprochen. Es stehe außer Frage, dass diese Passivhäuser zu begrüßen seien. Es werde verständlicherweise seitens der Gewosie versucht, zeit- und kostengünstig zu einer Neubebauung zu kommen. Bereits vorab sei jedoch ein Gespräch mit der Gewosie geführt worden. Es handele sich bei der Siedlung Blumenhorster Straße um ein sehr homogenes Nachkriegssiedlungsgebiet und die Systematik des Abriss und Neubaus nicht sanierungsfähiger Häuser werde sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Daher habe das BBN angeboten, eine Bauleitplanung im größeren Maßstab vorbereitend für diese Restrukturierung vorzunehmen. Dem wollte die Gewosie bislang nicht folgen. Das BBN habe wiederholt, auch über das Rathaus, Gesprächsbereitschaft angekündigt. Es sei noch kein Bescheid ergangen, da noch in nächsten Tagen weitere Gespräche geplant seien. Inhaltlich gebe es keinen Dissens, sondern lediglich über die verfahrensrechtliche Einschätzung. Eine Bauleitplanung würde das Projekt ca. um ein dreiviertel Jahr verzögern.

Herr Senator Dr. Lohse schließt die 18. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll

Anhang zum Protokoll zu

TOP 14 h Boden- und Grundwasserkontaminationen auf dem Gelände des Tanklagers in Bremen- Farge

Rechtliche Einordnung des Tanklagers Farge

Das Tanklager Farge ist Anfang der 1940er Jahre vom Reichsarbeitsministerium genehmigt worden. Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland bestand das Tanklager Farge unter der Gewerbeordnung fort und wurde Mitte der 1970er Jahre nach dem In-Kraft-Treten des BImSchG durch Anzeige in dessen Geltungsbereich übernommen.

Für solcherart überführte Anlagen gilt das BImSchG.

Im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren werden diverse andere Entscheidungen konzentriert. So spricht die Immissionsschutzbehörde zugleich mit der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung u.a. auch die baurechtliche Zulässigkeit des Vorhabens aus. Zuvor hat sie zu dieser Frage die Baurechtsbehörde angehört.

Solange also die immissionsschutzrechtliche Genehmigung fortbesteht, besteht auch die baurechtliche Zulässigkeit der Anlage fort – unabhängig davon, ob auf dem Gelände der Anlage ein Bebauungsplan liegt oder nicht.

Die immissionsschutzrechtliche Zulässigkeit des Tanklagers Farge würde nur dann entfallen, wenn die immissionsschutzrechtliche Genehmigung erlöschen würde oder die immissionsschutzrechtliche Genehmigung widerrufen würde. Für Erlöschen (z.B. weil die Anlage drei Jahre nicht betrieben wird) oder Widerruf (es liegen Gründe vor, die zu einer Versagung einer Genehmigung führen würden und denen nicht mit Nebenbestimmungen begegnet werden kann; nachträglich eingetretene Boden- oder Grundwasserverunreinigungen stellen nicht solche Gründe dar) bestehen keine Anhaltspunkte. Dann aber entfielen auch die baurechtliche Zulässigkeit.